

Nr. XIX.GP-NR
1995 -10- 13 2052/10

ANFRAGE

der Abgeordneten Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Gesundheit und Konsumentenschutz

betreffend Illegale Schlankheitsmittel

Laut einer Untersuchung der Arbeiterkammer gibt es in Österreich einen boomenden Markt mit gefährlichen Schlankheitsmitteln. Aggressiv und psychologisch sehr geschickt wird ein potentieller Kundenkreis beworben, der "in die Hunderttausende" geht.

Der "schlanke Körper" ist für Frauen ein deutlich wichtigeres Leitbild als für Männer. Die geschlechtsspezifische Differenz des Körpergewichtes hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten vergrößert. Verschiedene Untersuchungen ergaben, daß vor allem junge Frauen, fast ein Drittel der 20 bis 25jährigen, untergewichtig sind.

Es sind also vor allem Frauen von Schlankheitsmitteln gefährdet.

Von 20 von den Konsumentenschützern gekauften und überprüften Produkten waren 11 lebensmittelrechtlich illegal im Umlauf. Alarmierend ist auch die Tatsache, daß manche der verkauften Präparate eindeutig Arzneimittel sind, jedoch nicht als solche registriert und in Einzelfällen sogar gesundheitsschädlich sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Welche Schritte werden Sie gegen den Verkauf von illegalen Schlankheitsmitteln und -kuren unternehmen?
- 2) In welcher Art und Weise werden Sie auf den Wirtschaftsminister einwirken, den Versandhandel, bei dem geschädigte Konsumenten kaum eine Chance haben, zu ihrem Recht zu kommen, zu verbieten?
- 3) Die Arbeiterkammer fordert, die Anmeldungspflicht von Schlankheitsmitteln durch eine wesentlich strengere Zulassungspflicht zu ersetzen. Inwiefern widerspricht diese Forderung den EU-Regelungen? Gibt es nicht doch eine Möglichkeit, diese sinnvolle Maßnahme durchzuführen?

4) Ein weiterer Vorschlag der Arbeiterkammer ist die Erstellung eines Registers aller zugelassenen Mittel sowie im Rahmen einer Verordnung eine Liste von als "Zusatznahrung" sinnvollen Vitaminpräparaten zu veröffentlichen.
Werden Sie diese Vorschläge realisieren?
Wenn ja, wann?
Wenn nein, warum nicht?

5) Wie wollen Sie das Problem in den Griff bekommen, daß die Werbetexte dem Gesundheitministerium nicht oder nicht vollständig vorgelegt werden?

6) Was werden Sie dagegen unternehmen, daß manche Schlankheitspräparate eindeutig Arzneimittel sind, jedoch nicht als solche registriert sind?

7) Planen Sie, die ÖsterreicherInnen auf die Gefahren von Schlankheitsmitteln hinzuweisen, und auf ÄrztInnen und ErnährungsberaterInnen zu verweisen?
Wenn ja, in welcher Art und Weise?
Wenn nein, warum nicht?

8) Ein weiteres Problem ist die Umgehung des Verbotes gesundheitsbezogener Werbeaussagen bei fast allen Schlankheitsmitteln. Werden Sie gegen die Hersteller dieser Produkte aktiv werden?